

18 März 2020



Push-backs und Polizeigewalt gegen Flüchtende in Serbien und Bosnien

Die Abschottung der Europäischen Union gegen Menschen auf der Flucht zeigt sich nicht nur in verschärften Gesetzen und der Militarisierung und Überwachung der Grenzen. Darüber hinaus wird tagtäglich Menschen ihr Recht verweigert internationalen Schutz zu beantragen. Sogenannte „Push-backs“ bezeichnen *„staatliche Maßnahmen, bei denen flüchtende und migrierende Menschen – meist unmittelbar nach Grenzübertritt – zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen oder deren Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen“* (ECCHR).¹ Push-backs verletzen damit grundlegende Rechte, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben sind, sind aber dennoch gängige Praxis an den Grenzen.

Häufig gehen illegale Push-backs einher mit systematischer Polizeigewalt, die Flüchtende von einem erneuten Versuch, die Grenze zu überqueren, abhalten soll. Hunderte Berichte brutaler, folterähnlicher Übergriffe von Polizei und Grenzschutztruppen im Zusammenhang mit Push-backs haben NGOs in den vergangenen Jahren unter anderem an den EU-Außengrenzen Kroatiens und Ungarns dokumentiert. So setzen Beamt*innen Schläge, Elektrotaser und sogar Schusswaffen gegen Flüchtende ein, zerstören Mobiltelefone, Winterkleidung und entwenden Geld. Menschen berichten, dass sie sich entkleiden müssen und in eisigen Temperaturen zurück über die Grenze geschickt werden. Auch schwere Verletzungen durch Hundebisse hat das Netzwerk [Border Violence Monitoring \(BVMN\)](#) dokumentiert. Betroffen sind Personen unabhängig von Geschlecht und Herkunft, auch Familien mit Kindern. In 36% der Fälle, die BVMN im Jahr 2019 dokumentierte, waren auch Minderjährige betroffen.²

Das Risiko zum Opfer illegaler und häufig gewaltvoller Push-backs zu werden ist hoch – Menschen unternehmen teilweise dutzende Versuche, sich über Kroatien oder Ungarn weiter unentdeckt in die EU durchzuschlagen und so der Gefahr sogenannter Kettenabschiebungen (chain push-backs) zu entkommen, bei denen Menschen über mehrere Staaten zurückgeschoben werden. So dokumentiert BVMN regelmäßig Fälle in

¹ <https://www.ecchr.eu/glossar/push-back/>

² <https://www.borderviolence.eu/statistics/push-backs/>

denen Geflüchtete bereits Slowenien oder sogar Italien erreicht hatten, jedoch von dort wieder zurück nach Kroatien und weiter nach Bosnien gebracht werden.

3



Die Abschottung der EU-Staaten und die mangelnden Möglichkeiten, in den angrenzenden Staaten wie Serbien und Bosnien & Herzegowina Schutz zu beantragen, zwingt Menschen auf immer gefährlichere und teurere Wege.



Mehrere Familien aus dem Irak, Iran und Syrien berichteten etwa von unerlaubten Rückschiebungen von Rumänien nach Serbien, bei denen die Beamt*innen Elektrotaser einsetzten und Geldstrafen von den Menschen verlangten.⁴ Solche Gewalterfahrungen und brutale Rückschiebungen verschlimmern die ohnehin extrem prekäre Situation Flüchtender an den EU Außengrenzen.

5

Obdachlosigkeit und fehlende medizinische Versorgung, unmenschlichen Bedingungen in offiziellen Camps und Schutzlosigkeit vor Übergriffen durch die Polizei sind Alltag.

In Bosnien und Herzegowina verstärkt sich in den vergangenen Wochen der Druck auf Flüchtende. Ein inoffizielles Camp in Tuzla wurde geräumt, die Menschen in Camps in Sarajevo gebracht. Weiterhin kommen dort täglich Dutzende Menschen aus dem benachbarten Serbien an, die die Polizei zwingt direkt nach Sarajewo weiterzureisen.⁶ Doch auch dort wurden in den letzten Wochen vermehrt Geflüchtete aus den leerstehenden Häusern vertrieben in denen sie Schutz gesucht hatten. Andere wurden an öffentlichen Plätzen, auf der Straße oder in Cafés, aufgegriffen und in eines der offiziellen Camps gebracht. Laut BVMN werden Menschen nun verstärkt davon abgehalten, sich überhaupt auf den Weg zur kroatischen Grenze zu machen und auch Berichte über Polizeigewalt gegen Geflüchtete in Bosnien werden laut. Bosniens neuer Minister für Sicherheit Radončić strebt an, die EU in ihrer Politik der Abschottung zu unterstützen. Ihm zufolge ist es dafür notwendig, Bosnien, Serbien und andere Staaten in der Region zu

³ © Milos Stosic

⁴ https://www.borderviolence.eu/wp-content/uploads/February_Report_20.pdf

⁵ © Milos Stosic

⁶ <https://medium.com/are-you-syrious/ays-daily-digest-10-3-20-greece-what-happens-to-the-people-d8dfb774e0eb>

einer unüberwindbaren Barriere zu machen⁷. Einher geht diese Politik mit erhöhtem Druck und Repressionen gegen Menschen, die Geflüchtete unterstützen.

Auch in Serbien, an dessen Grenzen zu Ungarn und Kroatien nach wie vor Menschen ausharren, verschärft sich die Situation für Geflüchtete, aber auch für deren Unterstützer*innen. Attacken faschistischer Gruppen häuften sich in den vergangenen Wochen. In Šid unweit der kroatischen Grenze wurden mehrfach Mitglieder der Gruppe No Name Kitchen angegriffen, in den Straßen Belgrads patrouillierte eine Bürgerwehr und bedrohte Geflüchtete⁸. Diese Stimmung findet sich auch auf politischer Ebene wieder. Vor den Parlamentswahlen im April 2020 hat die rechte Oppositionspartei Dveri eine Petition gegen die Migrationspolitik der Regierung gestartet und schürt mit polemischer Propaganda Angst und Hass⁹. Dieses Klima macht nicht nur die Lage für Schutzsuchende extrem gefährlich, sondern erschwert auch die Möglichkeiten, Menschen grundlegende Unterstützung zukommen zu lassen, sowie Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren¹⁰. Die Politik der EU-Migration jenseits der eigenen Grenzen zu steuern wirkt sich nicht nur fatal auf Flüchtende selbst aus, sondern destabilisiert auch die Gesellschaften, die mit der Versorgung der gestrandeten Menschen konfrontiert sind.

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Gneisenaustr. 2a

10961 Berlin

mail@borderline-europe.de

Marlene Auer

⁷ <https://www.euronews.com/2020/02/22/tough-border-control-awaits-migrants-attempting-to-reach-eu-from-bosnia>

⁸ <https://medium.com/are-you-syrious/ays-daily-digest-26-2-20-unprotected-attacked-and-shot-at-across-the-balkan-route-85ffff18f9d5>

⁹ <https://balkaninsight.com/2020/02/18/right-wing-serbian-party-launches-anti-immigration-campaign/>

¹⁰ https://www.borderviolence.eu/wp-content/uploads/February_Report_20.pdf